Nummer 568

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 20 Goldpfennig. 69. Jahrgang Donnerstag, 13. Dezember 1923

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Junk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Hongsmann, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel: Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales: Zentrum 243, für die Expedition: Zentrum 12352 und für die Druckerei: Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,80 Goldmark, Stellungsuchende 0,35 Goldmark, Reklamezeile 4 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,50 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1923 für Amerika 5 Dollar, Frankreich 50 französ. Francs, Belgien 50 belgische Francs, Schweiz 20 schweizer. Francs, Holland 10 holländ. Gulden, Dänemark 20 dänische Kronen, Schweden 15 schwedische Kronen, Norwegen 20 norweg. Kronen, England 20 Schilling, Italien 100 Lire, Rumänien 600 rumänische Lei, Spanien 30 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 125 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 15 Pesos, Serbien 400 Dinar; für den Monat Dezember 1923 nach Oesterreich 250 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 9 000 000 polnische Mark, Litauen 50 Lit, Lettland 1000 lettische Rubel, Finnland 200 finnische Mark, Estland 1500 estländische Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Amerikas Teilnahme an den Sachverständigenausschüssen.

Die Mitteilung Logans an die R.-K.

eca Paris, 12. Dezember.

Der offiziöse Delegierte der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission, Logan, hat heute früh dem Präsidenten der Reparationskommission, Barthou, mitgeteilt, daß er aus Washington die Bestätigung der von der amerikanischen Regierung getroffenen Entscheidung erhalten hat, derzufolge diese an den am 30. November von der Reparationskommission beschlossenen Unterausschüssen zwar nicht offiziell teilnehmen wird, daß sie jedoch der Annahme einer direkten Einladung an die amerikanischen Sachverständigen, an den Arbeiten dieser beiden Ausschüsse teilzunehmen, nichts in den Weg legen wird. Logan hat die Entscheidung der amerikanischen Regierung in Form eines Briefes mitgeteilt.

Die Havasagentur veröffentlicht hierzu folgende Note:

In den letzten Tagen haben offiziöse Besprechungen und ein offiziöser Briefwechsel zwischen dem offiziösen Delegierten der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission, dem Präsidenten der Reparationskommission Barthou und dem belgischen Delegierten Delacroix stattgefunden, und zwar bezüglich der Ausführung der am 30. November von der Reparationskommission getroffenen Entscheidung, zwei Sachverständigenausschüsse zu bilden, deren Mitglieder den alliierten und assoziierten Ländern angehören und von denen der eine beauftragt werden würde, die Mittel zum Ausgleich des Budgets zu prüfen und Maßnahmen zur Stabilisierung des Geldes zu treffen, und der andere, die Mittel festzustellen, die aus Deutschland zurückgekehrten Kapitalien abzuschätzen und wieder nach Deutschland zurückzubringen. Um gewisse Punkte zu klären, richtete Barthou am 5. Dezember ein Schreiben an Logan. Der amerikanische Vertreter hat nun Barthou mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten der Annahme einer von der Reparationskommission gesandten Einladung, der von ihr bezeichneten Kommission beizutreten, durch die amerikanischen Sachverständigen günstig gesonnen sei. Die betreffenden Dokumente werden in einigen Tagen veröffentlicht werden.

Die Vertreter Frankreichs, Groß-Britanniens, Italiens, Belgiens und der Vereinigten Staaten in den Sachverständigen-Ausschüssen müssen von der Reparationskommission auf Vorschlag der Delegierten jedes Landes in Uebereinstimmung mit den betreffenden Regierungen ernannt werden. Es ist möglich, daß diese Ernennung in der Sitzung stattfindet, die die Reparationskommission am Freitag nachmittag abhalten wird.

Das Dreiparteiensystem in England.

London, 12. Dezember.

Reuter meldet: Von zuständiger Seite wird erklärt, daß keine Verhandlungen begonnen worden sind, um der Regierung bei der Fortführung ihrer Politik die liberale Unterstützung zu gewinnen. Die Regierung beschäftigt sich im Augenblick mit keinem derartigen Plan. Das Programm der Regierung für die nächste Parlamentssession wird wahrscheinlich Baldwins Schutzzollvorschläge nicht enthalten, aber voraussichtlich Gesetzentwürfe einschließen, bezüglich Neuregierung der Beschlüsse der Reichskonferenz über die Entwickelung des Handels innerhalb des britischen Reiches, über die Verbesserung der Verkehrsmittel zwischen den einzelnen Teilen des Reiches usw. Die Regierung wird einen ernstlichen Versuch machen, die Annahme dieser Gesetze durch das Parlament zu erreichen, ohne Anlaß zu irgendwelchen Streitigkeiten zu geben. Hervorragende konservative Persönlichkeiten erklären, das Dreiparteiensystem habe schon zwischen 1910 und 1914 bestanden, als die Asquith-Regierung sich mit Hilfe der irischen Nationalisten im Amt hielt.

Auf der heute unter dem Vorsitz Ramsay Macdonalds abgehaltenen Zusammenkunft des Vollzugsrates der Arbeiterpartei wurde eine Entschließung angenommen, in der Befriedigung darüber kund gegeben wird, daß die parlamentarische Arbeiterpartei weiterhin die offizielle Opposition im Unterhaus sei. Es wird weiter die Ansicht ausgedrückt, daß, sollte sich die Notwendigkeit der Bildung einer Arbeiterregierung ergeben, die parlamentarische Arbeiterpartei sofort volle Verantwortung für die Regierung des Landes übernehmen müsse, ohne sich durch irgend eine Form von Koalition bloßzustellen. Der Vollzugsausschuß ersucht angesichts der kritischen parlamentarischen Lage, die das Land in baldige Neuwahlen bevorzuglen könne, Henderson und den Stab des Hauptquartiers der Partei alle Vorkehrungen für die nächste Wahl zu treffen, „welche die bedeutsamste in der Geschichte der Partei sein werde."

Reuter erklärt, die Entscheidung der Arbeiterpartei gestaltet die Lage noch verwickelter, da sowohl die Arbeiterpartei als auch die Liberalen von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß weder eine Koalition noch eine Arbeitsvereinbarung zwischen beiden Parteien möglich sei. Mit einem derartigen Bündnis sei nicht zu rechnen. Die einzige Möglichkeit, um über den toten Punkt hinauszukommen, würde darin bestehen, daß die Liberalen und Konservativen sich verständigten.

Deutscher Appell an das Ausland.

Der Ernst der Finanzlage.

Neue Steuerlasten in Sicht.

Gestern teilte die offiziöse Korrespondenz der Zentrumspartei in einer Besprechung der Finanzlage des Reiches mit, daß angesichts des gegenwärtigen Finanzelendes dem Reiche nichts anderes übrig bleibe, als sich um Hilfe von außen zu bemühen. Die Reichsregierung müsse sich darüber klar werden, in welcher Form sie offiziell die Hilfe des Auslandes anrufen werde. Wir sind in der Lage, zu bestätigen, daß die Reichsregierung in der Tat erwägt, einen Aufruf an das Ausland wegen finanzieller Hilfe für Deutschland zu richten. Um das zu verstehen, muß man sich darüber klar sein, daß die Finanzlage des Reiches ungeheuer ernst ist und daß, wenn die neuen Steuern sich nicht als sehr gründlich wirksam erweisen, das Reich in ganz kurzer Zeit zahlungsunfähig sein wird. Bekanntlich ist die neue Rheinfuhrabgabe am 18. Dezember fällig. Durch eine zweite Steuernotverordnung, die morgen dem Finanzausschuß des Reichstages zugehen wird, wird die Finanzkraft der Steuerzahler einer neuen ungeheuer schweren Belastung ausgesetzt werden. Diese Verordnung wird ebenso wie eine dritte Steuernotverordnung, die im Entwurf fertig ist, und die die Neuverteilung der Lasten zwischen Reich und Ländern vorsieht, noch im Dezember herauskommen. Alle diese neuen Steuern, die nicht mehr Steuern im alten Sinne, sondern zu einem großen Teil Eingriffe in die Substanz darstellen werden, müssen, wie gesagt, sich als voll ergiebig erweisen, um das Reich instand zu halten, seinen Verpflichtungen seinen eigenen Angestellten gegenüber nachzukommen. Wäre dies nicht mehr möglich, so müßten nicht nur die Gehalts- und Lohnzahlungen des Reiches eingestellt werden, sondern es müßte auch auf die notwendigsten Funktionen der staatlichen Organe, wie z. B. der Sicherheit, verzichtet werden. Eine weitere Anspannung des Rentenmarkkredites, der in seiner Höhe von 900 Millionen — abgesehen von den für den Rückkauf der Papiermark bestimmten 300 Millionen — bald aufgebraucht sein wird, wird, da ein weiterer Kredit zu einer neuen Inflation und damit zu einer Erschütterung des Vertrauens zur Rentenmark führen würde, von der Reichsregierung aufs schärfste abgelehnt. Es kommt hinzu, daß das Rentenbankdirektorium, das bekanntlich autonom ist, nicht daran denkt, eine Erweiterung des Reichskredits an Rentenmark vorzunehmen. Aus diesen Gedankengängen, die uns von maßgeblichster Seite mit voller Eindringlichkeit dargelegt wurden, ergibt sich die Finanz- und Steuerpolitik der Regierung.

Parallel mit diesen Maßnahmen im Innern geht das Bestreben, die Kreditverhandlungen, die Dr. Stresemann noch als Reichskanzler mit dem Auslande aufgenommen hatte, einem erfolgreichen Ende entgegenzuführen. Die Verhandlungen waren durch die Regierungskrise unterbrochen. Ganz besonders die Tatsache, daß es Dr. Stresemann war, der diese Fäden angeknüpft hatte, bewog den jetzigen Reichskanzler, seinem Amtsvorgänger zu bitten, die Leitung der Außenpolitik im Kabinett Marx zu übernehmen.

*

Von anderer Seite wird uns zu dem Programm der Reichsregierung noch gemeldet: In der angekündigten Verordnung wird auch die Frage der Hypothekenaufwertung eine endgültige und zwar negative Klärung in der Richtung erfahren, daß eine solche Aufwertung als nicht möglich betrachtet wird, und daß die durch Schuldenentlastung bereicherten Kreise dagegen in stärkstem Maße zur Steuerleistung herangezogen werden sollen.

Die Geburtswehen der rheinischen Goldnotenbank.

„Gegründet", aber nicht eingetragen.

Mtb Köln, 12. Dezember.

Von zuständiger Seite erfährt die „Rheinische Zeitung" die Nachricht, daß am Dienstag in Bonn die Gründung der Rheinischen Goldnotenbank mit einem Kapital von 6 Millionen Dollar oder 60 Millionen Rheinmark (eine Rheinmark = 42 Goldpfennige) vollzogen wurde. Zum Direktor ist der Kölner Bankier Rinkel ernannt worden. Eine öffentliche Eintragung der Gesellschaft kann noch nicht erfolgen, da nach den gesetzlichen Bestimmungen bisher Banken nur auf der Grundlage der deutschen Währung in Deutschland eingetragen werden.

Die „Rheinische Zeitung" meint, daß diese Nachricht angesichts der abweichenden Stellung der Regierung und führender Männer des besetzten Gebietes nicht geringes Aufsehen hervorrufen werde. Das Blatt hofft, daß seitens der beteiligten Kreise möglichst umgehend nähere Angaben über die Gründung gemacht werden.

*

Von anderer Seite wird hierzu ergänzend gemeldet:

Köln, 12. Dezember.

Heute nachmittag wurden die Verhandlungen über die Gründung der rheinisch-westfälischen Goldnotenbank zwischen der deutschen Bankiergruppe und Vertretern der französisch-belgischen und der neutralen Gruppe fortgesetzt und zum Abschluß gebracht. Ueber alle Punkte wurde eine Einigung erzielt. Die Statuten wurden festgelegt. Sie werden nunmehr der Reichsregierung und der Rheinlandkommission vorgelegt werden.

Eine ablehnende französische Stimme.

Mtb Köln, 12. Dezember.

Ueber die französische Auffassung zur Gründung der Rheinischen Goldnotenbank wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben: In den der französischen Regierung nahestehenden Kreisen werde die Ansicht vertreten, daß eine Politik, wie sie der „Temps" am Donnerstag abend vertrat, sehr zu bekämpfen sei. In einem wirtschaftlich einheitlich organisierten Staat wie Deutschland könne man nicht zur regionalen Währung schreiten und aus diesem Grunde wäre es anzuempfehlen, wenn, da nun einmal die Tätigkeit des technischen Ausschusses des Wiederherstellungsausschusses gesichert sei, die Verhandlungen zurückgestellt würden, die jetzt im Rheinland zwischen der Reparationskommission und den rheinisch-westfälischen Bankiers und Industriellen geführt würden, um eine Sonderwährung für das besetzte Gebiet zu schaffen. Ob diese Ansicht schon in alle maßgebenden Kreise eingedrungen ist, konnten wir bisher nicht feststellen.

Die Reichsindexziffer.

Abnahme von 16,2 Prozent gegenüber der Vorwoche.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 10. Dezember, auf das 1260 milliardenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1515 Milliarden) ist demnach eine Abnahme von 16,2 Prozent zu verzeichnen.

Lohnermäßigung im Ruhrkohlenbergbau.

Essen, 12. Dezember.

Wie in anderen Industriezweigen, z. B. in der Eisenindustrie und der chemischen Industrie, tritt auch im Ruhrkohlenbergbau für die laufende Woche eine gewisse Lohnermäßigung ein; indem der zu einem Goldmarklohn von 4,20 gewährte Teuerungszuschlag von 25 Prozent auf 10 Prozent abgebaut wird. Es wird darauf hingewiesen, daß die Voraussetzungen für den Teuerungszuschlag nach Beseitigung der Kursdifferenzen und den nicht unerheblich gesunkenen Lebensmittelpreisen fortgefallen sind. So ist beispielsweise der Lebensmittelmultiplikator der Stadt Essen von einem Stand von 2 Billionen auf 1 Billion gefallen. Die in Aussicht genommenen Verhandlungen über die Regelung der Schichtzeit der über Tage beschäftigten Arbeiter sind, mit Rücksicht auf die in der gleichen Frage morgen in Berlin stattfindenden Schiedsgerichtsverhandlungen für die Großeisenindustrie, ausgesetzt worden.

Zu der Nachricht, daß als Staatssekretär im Ministerium für die besetzten Gebiete der frühere zweite Bürgermeister von Düsseldorf, Schmidt, in Aussicht genommen sein soll, erfährt die Erpreß-Correspondenz, daß dies unzutreffend ist. Bürgermeister Schmidt soll vielmehr beabsichtigen, von seiner bisherigen Stellung zurückzutreten.

Mehrarbeit und Entlohnung der Beamtenschaft.

Von
Fritz Krüger,
Geheimer Regierungsrat.

Was durch gutes Zureden und das Predigen von Vernunftgründen nicht zu erreichen war, das ist unter dem ehernen Zwange der Lebensnotwendigkeiten Wirklichkeit geworden: Die Arbeiterschaft im besetzten rheinisch-westfälischen Industrierevier hat, unter grundsätzlichem Festhalten am Achtstundenarbeitstage, sich bereit erklärt, auch darüber hinaus zu arbeiten, weil die wirtschaftliche Lage es erfordert. Und die Arbeiterschaft der unbesetzten Gebiete wird diesem guten Beispiele folgen müssen, wenn sie nicht verhungern will. Den Luxus der achtstündigen Arbeitszeit werden wir uns für bessere Zeiten aufsparen müssen.

Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß auch die Beamtenschaft mit der achtstündigen Arbeitszeit brechen muß. Es spricht nicht nur das gute Beispiel, das die berufenen Vertreter des Staates den Mitbürgern geben müssen, dafür, auch die finanziellen Interessen des Reiches erfordern es, daß baldigst die Grundlagen für den Beamtenabbau geschaffen werden. Denn solange es nicht gelingt, die Aufgaben des Reiches entsprechend zu beschränken, läßt sich bei Wegfall von Beamten die gleichbleibende Arbeit nur durch Mehrleistung der im Dienste Verbliebenen bewältigen.

Wenn daher Zeitungsnachrichten zufolge die Beamtenvertretungen bei den gemeinsamen Besprechungen mit den Regierungsvertretern die Fragen des Abbaues und der Arbeitszeit nur im Zusammenhange miteinander behandeln wollen, so ist das aus dem angedeuteten Grunde verständlich. Wenn sie aber nach denselben Meldungen auch die Frage der Goldgehälter mit diesen Besprechungen untrennbar verknüpfen wollen, so scheint sich mir hier der Weg, der zum Kuhhandel führen soll, deutlich abzuzeichnen.

Die Beamtenschaft hat sicherlich das Recht, ihren Angehörigen so günstige Lebensbedingungen zu erwirken, als sie vom Reiche nur gewährt werden können. Aber es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn man dies in so ernster Zeit auf dem Wege der Kompromißpolitik versuchen würde und dem Reiche die Zustimmung zur längeren Arbeitszeit und zum Beamtenabbau nur geben wollte, wenn die erhöhten Goldlohnforderungen bewilligt werden. Man sollte im wohlverstandenen eigenen Interesse die Frage der Goldlöhne völlig von den beiden anderen Fragen trennen und nur unter dem Gesichtswinkel der Lebensnotwendigkeiten und der Qualitätsarbeit behandeln.

Und da will sich dem unbefangenen Beobachter doch die Frage aufdrängen, ob die vom Reiche vorgeschlagenen Goldgehälter, die in der Gruppe III mit 58—80 Mark monatlich (Grundgehalt) etwa 60—80 Prozent der Friedensgehälter, in Gruppe XIII mit 312,50 bis 400 Mark monatlich aber nur 30—40 Prozent ausmachen, die Beamten vor dem Herabgleiten in immer tiefere Not schützen können. Das einzige, was an dem Regierungsvorschlage erfreulich ist, ist der Versuch, die Spannung zwischen den Gehältern der Gruppen III und XIII auf den Vorkriegsstand von etwa 1:5 zu vergrößern. Es war vorauszusehen, daß hiergegen die Opposition der Beamtenvertretungen; die immer nur eine Spanne von höchstens 1:4 zwischen den beiden genannten Gruppen als tragbar bezeichnet hatten, einsetzen würde, und in den in der Presse veröffentlichten Vorschlägen der Beamten finden wir denn auch die Forderung, daß die Beamten der Gruppe III 100—133 Mark — also etwa 65 Prozent mehr als im Regierungsvorschlag vorgesehen — und die der Gruppe XIII 400—638 Mark — also nur etwa 30 Prozent mehr — monatlich erhalten sollen. Es wird so der Versuch gemacht, die Gehälter der Gruppe III auf Kosten der Einkünfte der höheren Beamten über Friedensparität zu bringen und die richtige Spannung zwischen den Gehaltssätzen der höheren und unteren Beamten zu verwischen. Hiergegen muß im Interesse einer gesunden Beamtenpolitik entschieden Front gemacht werden, und es ist zu hoffen, daß die Reichsregierung, die allen gleichmacherischen Gelüsten der Gewerkschaften stets energisch entgegengetreten ist, auch diesmal sich von ihrem durchaus richtigen Gedanken der höheren Staffelung nicht abbringen lassen wird. Wenn, wie angenommen ist, die Regierung aus Gründen der finanziellen Unmöglichkeit nicht in der

Schlußkurs der Mark in New-York
27 cts. für 1 Billion Mark.
Hiesige Parität
3,7 Billionen.